

»Das hat die CDU in 24 Jahren nicht fertiggebracht«

Thüringen: Die »Aufarbeitung von DDR-Unrecht« ist ein »Kernbestandteil der Regierungsarbeit«. Ein Gespräch mit Jochen Traut

Arnold Schölzel

Am 5. Dezember 2014 wurde Bodo Ramelow (Die Linke) zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen gewählt. Bereits zuvor kritisierte die Kommunistische Plattform (KPF) im Landesverband der Partei die Formulierung im Koalitionsvertrag mit SPD und Grünen, in der die DDR als »Unrechtsstaat« bezeichnet wird. Was wollte die KPF damals erreichen?

Die erste Information über diese Formulierung erhielten wir schon im September 2014 aus den Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl. Wir haben daran auf Landesparteitagen Kritik geübt, auf zahlreichen Basisversammlungen und vor der Urabstimmung über den Koalitionsvertrag in der Partei. Wir wollten verhindern, dass dies dort hineinkommt, es blieb aber drin.

Was haben Landesregierung auf der einen Seite und Parteibasis auf der anderen daraus gemacht?

Die Mitglieder der Linken sind in dieser Hinsicht sehr kritisch, sie stellen aber bestimmte Erfolge der Koalition in den Vordergrund. Viele wollen vor allem vermeiden, dass die Medien täglich von einem Krach berichten. Das war für die frühere CDU-SPD-Regierung charakteristisch. Tatsache ist, dass die Arbeit der jetzigen Koalition ruhig und sachlich verläuft, das halte ich auch für einen Vorzug. Unser Hauptproblem besteht im Regierungsumgang mit der DDR-Geschichte. Ich erinnere an den Brief des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) am 2. Oktober 2014 an Die Linke Thüringen. Das OKV verlangte, das damalige Sondierungsprotokoll, in dem von »Diktatur und Unrecht« in der

DDR die Rede war, zu annullieren. Das wurde nur zur Kenntnis genommen.

Hat die Landesregierung dieses Thema besonders strapaziert?

Da war sie zielstrebig. Am 6. Februar hat der Landessprecherrat der KPF in einer Information u. a. folgende Beispiele aufgeführt: Bodo Ramelow führte in den ersten Wochen als Ministerpräsident mehrere Gespräche mit Roland Jahn, dem Leiter der Behörde für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit; beide traten in Erfurt auf gemeinsamen Veranstaltungen auf; am 31. Januar 2015 und erneut am 30. Januar 2016 nahm Bodo Ramelow zusammen mit dem Vorsitzenden der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, an den »Geschichtsmessen« in Suhl teil; eine Staatssekretärin ist mit der Untersuchung von Zwangsadoptionen in der DDR beauftragt; in der Staatskanzlei Erfurt wurde eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung aller Maßnahmen zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur« gebildet. Jetzt kommt noch ein Gesetzesantrag von Linken und Grünen im Landtag hinzu, wonach der 17. Juni als »Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts« in das Thüringer Gedenk- und Feiertagsgesetz aufgenommen werden soll. Im Kalender steht er dann hinter dem 8. Mai. Als der im Herbst 2015 in das Gesetz kam, enthielt sich die CDU-Fraktion der Stimme.

Auf der Veranstaltung der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur am 30. Januar in Suhl hat der Ministerpräsident gegenüber Eppelmann einen Bericht erstattet und hinzugefügt: »Die Aufarbeitung von DDR-Unrecht ist Kernbestandteil unserer Regierungsarbeit.« Er schlug außerdem vor, die Konferenz der Ministerpräsidenten solle sich im April mit »dem Gesamtkomplex der Aufarbeitung des SED-Unrechts« befassen. Werden bei solchem geschichtspolitischen Eifer auch Faschismus und Weltkrieg angesprochen?

Jedenfalls nicht vorrangig. Es ist schlimm, dass ein linker Ministerpräsident das als Vorreiter betreibt. Den Ausgangspunkt findet man in dieser Formulierung des Koalitionsvertrages, die damals beschwichtigend als formal bezeichnet wurde. Nach einem guten Jahr lässt sich sagen: Das hat in 24 Jahren keine CDU-geführte Landesregierung fertiggebracht.

Reduziert sich der angekündigte »Politikwechsel« auf diesen Aufarbeitungsfuror?

Die Nachfolger der Nachfolger der SED stehen unter besonderer Beobachtung, eine andere Koalition als die mit SPD und Grünen war nicht möglich.

Welche Rolle spielt da noch die Auseinandersetzung mit der AfD?

Sie hat nachgelassen. Angesichts der Rolle, die der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Björn Höcke, über Thüringen hinaus spielt, müsste die Landesregierung mehr tun. Ein entsprechender KPF-Antrag wurde auf dem Landesparteitag im November 2015 aber

mehrheitlich abgelehnt. Dagegen hat sich die Kirche bei der Zurückdrängung der AfD sehr engagiert.

Jochen Traut ist Thüringer Landessprecher der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke

<http://www.jungewelt.de/2016/02-20/006.php>